

Ist Deutschland noch nicht reif für die Inklusion?

Sind die Deutschen noch nicht reif für Inklusion? Diese Frage stellt sich der Hamburger Historiker Sven Tode. Er erforschte zum 100sten Jubiläum der Elbe-Werkstätten die Geschichte der beruflichen Wiedereingliederung behinderter Menschen in der Hansestadt und damit auch die gesellschaftliche Grundhaltung, von der sich diese jeweils leiten ließ. Und er stellte fest: Einmal gefasste Einstellungen und Überzeugungen lassen sich nur schwer verändern und bleiben unterschwellig noch lange in der Bevölkerung verankert. Auf der Werkstätten:Messe 2021 referierte Sven Tode im Rahmen einer Podiumsdiskussion seine Forschungsergebnisse. Der Titel der Veranstaltung lautete „Aus gestern lernen!“ Zu den Diskussionsteilnehmern gehörten u.a. Detlef Scheele, der Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, zuvor Sozialsenator in Hamburg und für kurze Zeit auch Geschäftsführer der Elbe-Werkstätten sowie sein Nachfolger in der Werkstatt-Geschäftsführung, Rolf Tretow.

Erster Weltkrieg, Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit

Sven Tode begann sein einleitendes Referat mit der Erinnerung an die Schrecken des Ersten Weltkriegs: Es war ein Abnutzungskrieg mit einem jahrelang unveränderten Frontverlauf und er war unermesslich grausam. Allein auf deutscher Seite forderten Maschinengewehre, Splittergranaten und Giftgas zwei Millionen Menschenleben und sie machten etwa ebenso viele Soldaten zu Kriegsversehrten. Der Krieg war eine Katastrophe für die Betroffenen und ihre Angehörigen, aber er führte zu einem neuen Umgang mit dem Thema Behinderung. Die vielen Opfer sollten und durften nicht sinnlos gewesen sein und so wurden die Gefallenen zu Helden stilisiert und auch die Überlebende galten als „lebende Kriegsdenkmäler“. Auch ökonomisch war ein neuer Umgang mit den „Kriegsbeschädigten“ sinnvoll. Der Ausfall vieler Arbeitskräfte ließ sich schwer kompensieren und die Mitarbeit der Beeinträchtigten wurde dringend benötigt. Wieder in den Arbeitsprozess eingegliederte Kriegsversehrte, die selbst für ihren Lebensunterhalt sorgten, fielen dem Staat außerdem nicht mehr zur Last. Gleich nach Kriegsende begannen deshalb die Bemühungen um ihre Reintegration, der Sprachgebrauch der Zeit nannte sie „Wiederverwendung“. Die Kriegsoffer wurden medizinisch versorgt, erhielten gute Prothesen und wurden fachlich neu qualifiziert. In Hamburg gründete sich auf Betreiben des Arbeitsamtes 1920 die „Hamburger Werkstatt für Erwerbsbeschränkte“ (HAWEE), in deren Tradition die heutigen Elbe-Werkstätten stehen.

Das verbesserte Ansehen der Kriegsbeschädigten des Ersten Weltkriegs war, wie Sven Tode berichtete, noch kein genereller Einstellungswechsel. Jahrhundertlang waren „Krüppel“ geduldet, sie waren in der Gemeinschaft präsent, aber auf Almosen angewiesen oder mussten betteln. Bestenfalls erreichten sie eine besondere Stellung als Hofnarren. Die christlich motivierte Versorgung in Anstalten, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, führte zwar zu gesicherten Lebensumständen, war aber gleichzeitig der Einstieg in die Segregation, die die Möglichkeit zum direkten Kontakt unterband. Unkenntnis und Unsicherheit im Umgang mit einer Personengruppe sind ein guter Nährboden für

Ausgrenzung und Ablehnung. Und so ließen sich alte Ressentiments nach der vorsichtigen Einstellungsänderung zwischen den Kriegen unter den Nationalsozialisten leicht wiederbeleben. Die Negativhaltung gipfelte in der Euthanasie, die nicht nur die Tat einzelner Nazischerger war, sondern auf einer breit geteilten Überzeugung von „Minderwertigkeit“ fußte.

Nach dem Krieg durchlief die Behindertenpolitik Phasen mit unterschiedlicher Ausrichtung, von der Fürsorge über die Integration zur Inklusion. Diese Leitgedanken fanden aber nur begrenzt ihren Niederschlag in der Bevölkerung. Deren grundsätzlich wohlwollende, aber distanzierte Einstellung macht es schwierig, den Inklusionsgedanken in praktische Politik umzusetzen. Förderschulen, Werkstätten und Wohnheime bleiben Sondereinrichtungen und für einen Großteil der Bevölkerung ist dies emotional auch der richtige Weg.

Konsens in der Diskussion: Mehr Inklusion ist nötig und möglich

Dass eine inklusive Gesellschaft das Ziel der Behindertenpolitik sein muss (Sven Tode: „Vielfalt in Einheit“), darin waren sich die Podiumsteilnehmer einig. Detlef Scheele formulierte es so: „Behinderte Menschen gehören ins Straßenbild und in den Betrieb.“ Der Vertreter der Hamburger Werkstatträte, Sönke Abels, spitzte den Gedanken noch zu: „Werkstätten sollten überflüssig sein, die Menschen überall dabei sein können.“ Ein völliger Verzicht auf Werkstätten erschien der Runde allerdings kaum vorstellbar. Detlef Scheele: „So etwas wie Werkstätten werden wir immer brauchen. Nicht jeder will und kann in einem Betrieb arbeiten.“ Dass die Werkstätten die Bremser auf dem Weg zur Inklusion seien, wollte Elbe-Geschäftsführer Rolf Tretow nicht gelten lassen: „Wir nutzen unsere Spielräume aus. In Hamburg arbeitet schon ein Drittel der Werkstattbeschäftigten in Betrieben und auch das Budget für Arbeit ist bei uns mit 350 Vermittlungen bei 4.500 Werkstattplätzen ein Erfolgsmodell. Und ich bin sicher, da geht noch deutlich mehr. Wir sind nicht die Verhinderer, sondern die Wegbereiter der Inklusion.“ Auch Detlef Scheele sah nicht die Werkstätten, sondern die Politik in der Pflicht. „Sie muss die Regeln vorgeben und die Weichen stellen.“

Umbau der Werkstätten und mehr Alternativen

Die Forderungen der Gesprächsteilnehmer gingen in eine doppelte Richtung: Zum einen sollten die knapp 50 Jahre alten gesetzlichen Grundlagen der Werkstatt überprüft und angepasst werden. Beispielsweise müsste die Entlohnung den Beschäftigten ein Leben in Selbstbestimmung ermöglichen. Zum andern gelte es, die Vermittlungsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Sven Tode: „Der behinderte Mensch muss selber entscheiden können, wo er arbeitet und bei seiner Wahl Unterstützung bekommen. Wo ist denn die Vermittlungsagentur für Menschen mit Behinderung?“ Rolf Tretow wollte den Vermittlungsauftrag allerdings nicht nur bei externen Fachdiensten angesiedelt sehen. „Diese Dienste können erfolgreich sein, wie gerade wir in Hamburg wissen, aber die Vermittlung bleibt immer auch eine Aufgabe der Werkstatt.“ Und er fügte noch einen weiteren Gedanken hinzu: „Wenn die Betriebe sich für unseren Personenkreis öffnen, kann Werkstattarbeit deutlich anders organisiert sein als heute, nämlich mit vielen betriebsintegrierten Arbeitsgruppen, die sowohl eine Betriebszugehörigkeit als auch die notwendige Betreuung ermöglichen.“

Karin Stumpf, Mutter eines behinderten Sohnes, hielt Detlef Scheele vor, als Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur habe er doch selber große Einflussmöglichkeiten. Dies konterte er mit dem Hinweis, die Agentur könne, abgesehen von der Qualifizierung, satzungsgemäß nur für Beitragszahler tätig sein. Und Werkstattbeschäftigte zahlten nun einmal nicht in die Arbeitslosenversicherung ein. Detlef Scheele warnte zudem vor der Illusion, Werkstattbeschäftigte könnten einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung des Facharbeitermangels leisten. „Aus meiner Zeit als Geschäftsführer der Elbe-Werkstätten weiß ich, dass wir es überwiegend mit intellektuell deutlich eingeschränkten Personen zu tun haben. Facharbeiter werden das in der Regel nicht.“

Noch Platz für niedrig Qualifizierte in der digitalisierten Arbeitswelt?

Ist in der Arbeitswelt der Zukunft überhaupt noch Platz für diesen Personenkreis? Der Historiker Sven Tode zeigte sich optimistisch. Der Wegfall einfacher Arbeitsplätze würde schon seit Jahrzehnten prophezeit, habe sich aber nie bestätigt. „In unserer arbeitsteiligen Gesellschaft lassen sich immer auch einfache Tätigkeiten ausgliedern. Wir erleben zudem derzeit eine Renaissance des Handwerks und auch die Dienstleistungen und Pflegeberufe sind weiterhin wichtig. Das sind Felder, in denen Werkstattbeschäftigte tätig sein können.“

Hamburg, so lautete das Fazit der Diskussion, ist für die Behindertenpolitik und speziell für die berufliche Eingliederung eine Stadt mit Vorbildcharakter. Der Inklusionsprozess ist hier schon weiter fortgeschritten als anderswo. Anders als es die von Sven Tode vertretene These von der Langlebigkeit der Einstellungen in der Bevölkerung vermuten lässt, verbessert sich die Bereitschaft, Inklusion zu erproben, in der Hansestadt relativ schnell. Es scheint so, als wenn erste Schritte in Richtung Inklusion den Veränderungsprozess beschleunigen. Der Prozess ist sozusagen selbstverstärkend. Wer im Alltag Kontakt mit behinderten Menschen hat, überwindet schnell die Vorbehalte, gewinnt Sicherheit im Umgang, erlebt das Zusammenleben und Zusammenarbeiten als Bereicherung und wird oft zum Botschafter der Inklusion. Diese Erfahrung stimmt optimistisch: Inklusion ist nicht nur das Ziel der Veränderung, ihre positiven Effekte sind auch ihr wirksamster Motor.